

Schweiz-Europa-Menschheit : Selbstbehauptung und Mitverantwortung

Autor(en): **Kägi, Werner**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **40 (1960-1961)**

Heft 8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz — Europa — Menschheit

SELBSTBEHAUPTUNG UND MITVERANTWORTUNG¹

WERNER KÄGI

Dauernde Neutralität und Primat der Innenpolitik

Man hat in der Vergangenheit oft festgestellt, die Politik der Schweiz stehe unter dem *Primat der Innenpolitik*. Verschiedene in- und ausländische Betrachter haben — noch weitergehend — geradezu behauptet, unser Kleinstaat habe überhaupt keine Außenpolitik. Eine wesentliche Erkenntnis wird auch hier durch das vereinfachende Schlagwort gefährdet. Richtig ist zunächst, daß im 19. Jahrhundert, das der Neutralität in mehrfacher Hinsicht besonders günstig war, die Neutralität die Richtschnur unserer Außenpolitik gewesen ist, so sehr, daß man sagen konnte: «Die Neutralität ist unsere Außenpolitik.» Richtig ist ferner, daß sich die Schweiz — durch die freigeählte Neutralität den Verstrickungen der Außenpolitik und vor allem den kriegerischen Auseinandersetzungen entrückt — in langen Jahrzehnten ganz auf den inneren Ausbau ihres Staatsgebäudes konzentrieren konnte. Unrichtig aber ist die Vorstellung einer durch die Neutralität völlig abgeschirmten und durch das Völkerrecht allseitig gewährleisteten kleinstaatlichen Existenz. Das hat es auch im 19. Jahrhundert nicht gegeben. *Der Kleinstaat war inmitten der Großen je und je gefährdet*. Jakob Burckhardt spricht von der Neigung «jeder Macht nach völliger Ausrundung und Vollendung» und von dem «permanenten Gelüste des Arrondierens», das die Großen umtreibt. Und die Neutralität war auch im 19. Jahrhundert, dem «klassischen Jahrhundert der Neutralität» — täuschen wir uns nicht —, nur soweit ein wirksamer Schutz, als der Wille zur Selbstbehauptung und zur Landesverteidigung dahinter gestanden hat.

Trotzdem haben sich einige jener bequemen Formeln und Vorstellungen auch im 20. Jahrhundert zu behaupten vermocht. Es ist eine alte Klage aus

¹ Die Abhandlung wurde vor der Generalversammlung der UNO abgeschlossen. Was sich dort ereignet hat, ist nur eine besonders drastische Bestätigung der hier angedeuteten Entwicklungstendenzen und Gefahren.

dem eidgenössischen Parlament, daß die Dinge der Außenpolitik — ähnlich wie die Fragen der Kulturpolitik! — nur einen relativ kleinen Kreis von Politikern interessieren und intensiver beschäftigen. Und es ist auch heute noch eine weitverbreitete Ansicht, daß der Kleinstaat in der sogenannten «großen Politik» nichts zu bestellen habe. Die Neutralität aber ist für viele zum bequemen Ruhekitzel geworden. Sie möchten sie gerne als Alibi anrufen gegenüber der belastenden Schuld des Kolonialismus. Sie möchten sich aber auch dahinter verschanzen, zur Abwehr neuer Anforderungen der Völkergemeinschaft, die an uns herantreten.

Wir werden vom bleibenden Sinn der Neutralität und von den nüchtern und klar zu erkennenden Grenzen des Kleinstaates zu reden haben. Hier aber geht es zunächst um die Kennzeichnung eines gefährlichen Mißverständnisses der Neutralität und einer bedenklichen Resignation des Kleinstaates. Es gibt Schweizer — und es sind ihrer nicht wenige — die offensichtlich den Eindruck haben, daß unser Land den privilegierten Logenplatz im Zuschauerraum des Welttheaters hat und dauernd behalten wird. Die Frucht dieser Geistesverfassung aber ist die Tendenz zum Abseitsstehen, nicht selten gepaart mit der starken pädagogischen Neigung, den andern das zu raten, was man selbst nicht tut, der Umwelt den Weg zu weisen, den man selbst nicht gehen will. Es ist die Haltung des Schlaumeiers, der profitieren will, ohne mitzutragen, der zum Beispiel die Vorteile der europäischen Integration mit den Vorteilen des Abseitsstehens verbinden möchte...

Dieses individualistische Abseitsstehen — stark gemildert übrigens durch die liberale Freizügigkeit der Einzelnen — war in der Staatengesellschaft des 19. Jahrhunderts noch möglich, ja es war für den Kleinstaat geradezu das Normale. In einer individualistischen Gesellschaft souveräner Staaten war das höchste Recht die Souveränität und der oberste Richtpunkt der Politik das Eigeninteresse. Ein nationalistisches Denken hat dieses geradezu als «sacro egoismo» glorifiziert. In einer solchen Staatengesellschaft war es jedenfalls durchaus normal, völkerrechtlich gewährleistet und politisch sogar erwünscht, daß sich ein Staat für die *Neutralität* entscheiden konnte. Ja, wir dürfen geradezu sagen: Die Neutralität war *die Staatsraison unseres Kleinstaates*. Und es ist wahrlich mehr als eine Fable convenue, wenn unsere Historiker fast einmütig feststellen, daß sich die vielgestaltige, gegensatzreiche Eidgenossenschaft, an strategisch wichtigen Alpenübergängen gelegen, seit dem 16. Jahrhundert nur erhalten und entfalten konnte dank der Politik der dauernden Neutralität.

Das 20. *Jahrhundert* hat unseren Kleinstaat aber vor eine ganz andere Situation gestellt. Das war bereits deutlich nach dem ersten Weltkrieg, als die Schweiz zum *Beitritt zum Völkerbund* eingeladen wurde. Die Entscheidung war damals noch etwas gemildert durch das Zugeständnis des Sonderstatuts der *differentiellen Neutralität*.

Die Entscheidungsfrage im Zeitalter der Integration

Das Ende des zweiten Weltkrieges aber hat uns neu vor außenpolitische Entscheidungen gestellt. In rasch wechselnden Konstellationen — und Illusionen! — ist es doch immer wieder *die gleiche Grundfrage*: Wie können wir *als Kleinstaat* unsere staatliche Existenz erhalten und gleichzeitig unsere Aufgaben gegenüber der engeren und weiteren Völkergemeinschaft erfüllen? Diese Frage hat sich uns seit Kriegsende immer wieder gestellt. Sollen wir uns und können wir uns — als *dauernd neutraler* Staat — den regionalen und universalen Staatenverbindungen anschließen?

Diese Frage stellt sich aber richtigerweise nicht nur dort, wo es um den Beitritt oder Nicht-Beitritt zu völkerrechtlichen Staatenverbindungen geht, sondern sie stellt sich mehr und mehr mit *jeder* politischen Entscheidung. Das ist das Neue. *Das erfordert ein klares und bewußtes Umdenken*. Gegenüber einer sich integrierenden Völkergemeinschaft können wir uns nicht einfach auf unsere Souveränität berufen. Gegenüber den wachsenden Anforderungen internationaler Solidarität gibt es kein neutrales Abseitsstehen im Sinne des alten «Stillesitzens» mehr. *In den politischen Entscheidungen müssen wir angesichts der wachsenden Verflechtung in steigendem Maße beides zusammen bedenken: die innenpolitischen und die außenpolitischen Aspekte*. Der «Primat der Innenpolitik» ist heute ein falsches, irreführendes Leitbild. Die kleinen, an den Weltmeeren gelegenen Staaten, wie etwa Holland, Dänemark, Norwegen, die zudem hart in den Strudel des Weltkrieges hineingerissen worden sind, haben diese Umstellung leichter vollzogen. Auch wir müssen es aber heute tun, wenn anders wir unsere mitmenschliche Verantwortung in der europäischen und menschheitlichen Schicksalsgemeinschaft erfüllen wollen.

Was heißt das? Es bedeutet *eine dreifache Aufgabe*, zu der wir auf den verschiedensten Stufen in besonderer Weise aufgerufen sind: Ein Erstes ist auch hier die klare, nüchterne, illusionsfreie Erkenntnis der heutigen weltpolitischen Situation und ihrer Entwicklungstendenzen. Ein Zweites ist sodann die Frage nach den Richtpunkten, nach dem Ziel der Politik. Ein Drittes endlich ist die Frage nach dem, was wir tun können und tun müssen.

Wir dürfen an dieser Stelle von der *Analyse der Situation*, die in letzter Zeit oft gegeben worden ist, absehen und uns auf die Besinnung auf die Richtpunkte und unsere konkreten Aufgaben konzentrieren. Einige Stichworte mögen an die harten Realitäten der weltpolitischen Situation erinnern: Der große Gegensatz zwischen «Ost» und «West», zwischen dem Lager des totalitären Bolschewismus und der freien Welt; die Atomwaffen, das «Gleichgewicht des Terrors» und das Scheitern der Abrüstung; der Bevölkerungsdruck, der Hunger und die Liquidation des Kolonialismus; die Not der Entwicklungsländer, der neue Nationalismus und — alles vernebelnd — die große Lüge der «friedlichen Koexistenz».

Die großen Richtpunkte der Außenpolitik

Es geht um den klaren Kompaß für die Fahrt auf rauher See. Wir haben früher festgestellt, daß verantwortliches politisches Handeln die nüchterne und möglichst illusionsfreie Erfassung der politischen Situation voraussetzt. Wir müssen hier nun festhalten, daß verantwortliches Handeln *ohne ein klares Ziel*, ohne klare Richtpunkte einer uferlosen Fahrt ins Blaue gleicht. Ist jenes die Klippe der Idealisten, so ist dieses die Gefahr der sogenannten Realisten. Die «Realpolitik», die Europa an den Rand des Abgrundes gebracht hat, ist vielfach nichts anderes gewesen als ein opportunistisches Handeln aus der momentanen Situation heraus — ohne Ideal, ohne Richtung!

Die drei großen Richtpunkte für unsere außenpolitische Orientierung, die uns hier beschäftigen müssen, sind: der *Weltfriede* in einer universalen Völkergemeinschaft, das heißt das menschheitliche Anliegen; die Einigung, bzw. *Föderation der Völker Europas* und die *Erhaltung der Eigenstaatlichkeit*, also konkret: die Selbstbehauptung der Schweiz. Diese drei großen Richtpunkte stehen im Suchen des heutigen Menschen — und zumal des heutigen Schweizer — oft eigenartig widerspruchsvoll nebeneinander und gegeneinander. Betrachten wir sie zunächst isoliert und dann in ihrer Beziehung.

Eine menschlich-menschheitliche Friedensordnung

Wenn wir uns aus unserem kalten persönlichen Egoismus und dem kollektiven Egoismus, dem Nationalismus, für Augenblicke zu befreien vermögen — etwa angesichts der unbeschreiblichen Not anderer Völker —, dann tritt uns das große, befreiende Bild einer menschlich-menschheitlichen Ordnung als Aufgabe und Ziel unseres Tuns und aller Politik vor Augen. *Gott hat die unantastbare Personwürde allen Menschen gleichermaßen verliehen und hat die Menschen — über alles Trennende hinweg — zur Bruderschaft bestimmt.* Nun allerdings nicht im Sinne jenes «Seid umschlungen Millionen», sondern erdnah, hier und jetzt verpflichtend: Die Menschheit wird — so lehrt uns *Christus* — im Dienst am Nächsten geachtet und aufbaut. Und das in jeder Hinsicht so unfaßbare, immer wieder neu wachrüttelnde Herrenwort: «Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.»

Dieses menschlich-menschheitliche Gebot muß auch der oberste Richtpunkt für alles politische Tun sein. *Politik* — für viele einfach der Inbegriff für die großen und kleinen Machtkämpfe, für Parteigezänk und widrige Verunglimpfung, für Lüge und Demagogie — erhält hier einen neuen, weiten und befreienden Sinn: *Gestaltung menschlich-menschheitlicher Ordnung.* In diesem Sinne müssen auch wir die Fenster öffnen.

Dieses menschlich-menschheitliche Ziel ist selbst in den Rauschzeiten des

Nationalismus nie ganz verloren gegangen. Aber es ist verblaßt, so sehr, daß man seine Fürsprecher oft als Außenseiter und Weltfremde empfunden und sie bald mitleidig geduldet, bald aber auch offen oder verdeckt verfolgt hat. Das grauenhafte Geschehen seit 1914 hat den denkenden Menschen ganz neu und elementar zur Besinnung gerufen. Die Folgerungen aus der Situation liegen offen auf der Hand. Der Weltfriede ist unteilbar. Er ist Aufgabe aller Völker, heilige Verpflichtung der Menschheit. Die Atombombe zwingt uns — wie Karl Jaspers in dem Werk «Die Atombombe und die Zukunft des Menschen» das wir schon heute als eines der bedeutendsten Werke unseres Jahrhunderts bezeichnen dürfen — zu einem radikalen Umdenken, mehr noch zu einer radikalen Umkehr. *Jeder Einzelne von uns ist mitverantwortlich für den Weltfrieden.* Das quantitative Denken hat uns den Blick für diese Zusammenhänge geraubt und ließ viele vor der großen Aufgabe resignieren: im Gefühl der Ohnmacht als einzelne Bürger, als Angehörige eines Kleinstaates. Und doch müßten wir es bereits auf Grund des Evangeliums wissen: Jede Liebestat, jeder Dienst, jedes Opfer zählt — sogar noch in einem versagenden Staat, in einer scheiternden Epoche! Soeren Kierkegaard, der denkgewaltige Däne, der erst nach 100 Jahren zu großer, posthumer Wirkung gelangt ist, hat eine der wichtigsten Botschaften für unsere Zeit, die so sehr im Banne der großen Massen, des Kollektivs und der Organisation steht: *der Einzelne!* Und das müßte das Tröstliche und Befreiende aus dieser Einsicht sein: *Jeder Einzelne von uns kann etwas tun für den Weltfrieden.*

Aber es ist nicht nur die Atombombe, die uns zu solcher Umkehr führen müßte, sondern auch jene anderen, früher angedeuteten weltweiten Probleme, die sich nicht mehr national, auch nicht kontinental oder sonstwie regional lösen lassen: das *Bevölkerungswachstum*, die *Bekämpfung von Hunger und Krankheit*, die *Hilfe an die Entwicklungsländer*, die *Flüchtlingsfrage*. Diese Riesenprobleme verlangen, wenn die Katastrophe vermieden werden soll, ein weltweites, enges Zusammenwirken aller Völker. Im Gebiete des Verkehrs, der Künste und Wissenschaften, des Sportes ist das *Bewußtsein der Einheit der Welt* seit langem vorhanden und hat sich durch alle Kriege und nationalistischen Delirien — auch durch den Eisernen Vorhang hindurch — einigermaßen behauptet. Es muß heute auch auf politischem und sozialem Gebiet zur Richtnorm, zum wegweisenden Ethos, zum tragenden Geist werden.

Auch dieses Bewußtsein ist nun allerdings schon lange am Werk. Große freie Denker haben diesen Menschheitsverband — die *Civitas maxima* — zum Teil schon vor Jahrhunderten postuliert. Einzelne Historiker des Völkerrechts haben den Wiener Kongreß von 1815, andere die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 als den «Beginn der Organisation der Welt» bezeichnet. Der erste große, universale Versuche aber war der Genfer *Völkerbund* von 1919. Er war nicht nur eine Lieblingsidee von Präsident Wilson, dem sein Volk damals die Gefolgschaft verweigerte, sondern es war ein Gebot aus der Not der

Weltkatastrophe heraus. Man weiß von diesem Völkerbund gewöhnlich nur das eine — die Dürftigkeit des Wissens verrät sich auch in der stereotypen Formel —: «Er hat versagt.» Dieses Urteil ist ebenso unrichtig wie unverantwortlich. Er war ein Versuch, in mancher Hinsicht vielleicht verfrüht. Er konnte der katastrophalen Häufung von krisengeladenen Problemen nicht Herr werden. Er hat aber auf unpolitischem, sozial-humanitärem Gebiet Bedeutendes geleistet und angebahnt. Er hat sich auch politisch — als Plattform der Vermittlung und der friedlichen Streiterledigung — in vielen Fällen bewährt. Und wenn er die großen Konflikte und den neuen Weltkrieg nicht zu verhindern vermochte, so war er nicht die Ursache, sondern lediglich der weltweit sichtbare Schauplatz des Versagens der Mächte.

Man mußte dieses Experiment denn auch nach der neuen Katastrophe, nach dem 2. Weltkrieg, wiederholen. Die Gründung der *Vereinigten Nationen* in San Franzisko 1945 hat weniger Enthusiasmus erweckt. Wenn es eine an der Erfahrung gereifte Nüchternheit gewesen wäre, hätte es keinen Mangel bedeutet. Aber es war von Anfang an nur ein schwächerer Glaube. Und es war — bei den Tieferblickenden — die Voraussicht, daß die Waffenkameradschaft, welche die Zwangslage zwischen der freien Welt und dem einen Totalitären im Kampf gegen die andern gefügt hatte, in der Zusammenarbeit der Friedenszeit nicht halten würde. Es gibt auch in der freien Welt der Rückfälle in eine nationalistische Machtpolitik leider genug, und doch dürfen wir feststellen, daß weite Kreise in den meisten Völkern sich dieser Verantwortung geöffnet haben und auch Willens sind — und dies in Freiheit ausdrücken können! —, die nationale Politik der Solidarität der Völkergemeinschaft einzuordnen. Das internationale Ethos und das Völkerrecht unterstehen dem Gesetz des langsamen Wachstums. Es ist ein mühevoller Prozeß, der viel Geduld und Durchhaltewillen erfordert.

Der große kongenitale Mangel der UNO aber beruht darin, daß sie versuchte — so wie die Dinge lagen versuchen mußte! —, «freie Regimes» und «totalitäre Regimes» in einer Staatenverbindung mit den hohen, weltumfassenden Zielen, wie sie in schönen Worten in der Satzung umschrieben sind, zu vereinigen. Ein verantwortliches Urteil muß auch hier differenzieren: Die UNO leistet im unpolitischen Bereich zum Teil sehr wertvolle Arbeit. Wir erinnern an den Internationalen Gerichtshof im Haag (dessen Zuständigkeit leider allzu begrenzt ist), an die sogenannten Hilfsorganisationen wie die FAO, die Weltgesundheitsorganisationen, die UNESCO usw. Es gibt zwar auch in diesen Riesenorganisationen viel bürokratischen Schematismus, leere Betriebsamkeit und einen oft erschreckenden Papierkrieg, aber — dort wo überragende Persönlichkeiten den Geist der Organisation bestimmen — doch auch überzeugende, konstruktive Leistungen. Und auch diese Zusammenarbeit in der internationalen Verwaltung will gelernt sein. Weniger überzeugend dagegen sind die Leistungen der UNO auf ihrem eigentlichen Hauptgebiet: dem Politischen. Der Riesenapparat wird am wirksamen Handeln im entscheidenden Moment

immer wieder durch das russische Veto blockiert. Und hier müssen wir nun allerdings den Mut haben, klar zu sehen. Das Krebsübel, das durch keine Reform der Satzung der UNO geheilt werden kann, liegt in der Unfähigkeit — der konstitutionellen Unfähigkeit! — der Totalitären zur loyalen Mitarbeit in einem Völkerbund. Der Totalitäre kann sehr wohl an einer vorübergehenden Räubergesellschaft partizipieren (Pakt Ribbentrop/Molotov 1939). Er kann dann, wenn ihm das Wasser bis an den Hals steigt, in einer Verteidigungsgemeinschaft mitwirken (Alliierte im Kriege gegen Hitler). Aber er ist unfähig zu loyaler, friedlicher Zusammenarbeit. Der Kreml sieht in den Vereinigten Nationen die große Propagandaplattform mit weltweiter Renonanz. Sogar der indische Premierminister Nehru, der vorsichtige und neutralistisch Zurückhaltende, hat unlängst degoutiert und warnend vom «Propagandatheater» gesprochen. Der Kreml sucht diese Organisation mit Hilfe der wachsenden Zahl der Mitglieder in Asien und Afrika unter seine Kontrolle zu bringen. Solange dies nicht möglich ist, soll sie wenigstens neutralisiert und durch das Veto am Handeln gehindert werden. Es gibt für die bolschewistische «Sittlichkeit» zugeständenermaßen nur *einen* Satz und in diesem einen Punkt auch von Lenin über Stalin bis zu Chruschtschew nur *eine* Lehre: *Gut ist, was der Sache der bolschewistischen Weltrevolution dient*. Damit ist aber überhaupt alles gerechtfertigt und geheiligt, was dem Teufel irgendeinmal in den Sinn kommen könnte. *Auf solcher Bodenlosigkeit ist eine bündische Zusammenarbeit — die ein Minimum von Treu und Glauben voraussetzt — von vornherein unmöglich*. Der Kreml hat denn auch seine Subversions- und Zersetzungstätigkeit gegenüber den anderen Gliedern der UNO fortgesetzt. Die große Gefahr dieser Entwicklung aber ist nicht nur die Unwirksamkeit der UNO, sondern *die Diskreditierung der Völkerbunds Idee überhaupt und auf lange hinaus*. Man denke an die Eindrücke auf die jungen Mitglieder.

Diese Krise der Vereinigten Nationen hat dem alten Postulat des *Weltstaates* in den letzten Monaten einen gewissen neuen Auftrieb gegeben. Die Forderung scheint zunächst logisch zwingend zu sein: Die schwache Sanktion des heutigen Völkerrechtes muß verstärkt werden. Zur Sicherung des bedrohten Weltfriedens muß eine wirksamere Organisation geschaffen werden. Und doch ist es in der heutigen Situation ein völlig irrales Postulat. Sogar ein in bester Absicht gegründeter Weltstaat müßte in der Auseinandersetzung mit der Summe von ungelösten Problemen und Konfliktsherden zwangsläufig in einen Weltpolizeistaat entarten. Zudem vermag auch niemand zu zeigen, wie es heute überhaupt zu einem solchen Weltstaat kommen könnte. Wenn schon die minimalste Loyalität für die lockeren Vereinigten Nationen fehlt, wie soll da die viel weitergehende Loyalität für ein stärker integriertes Gebilde erreicht werden können? Die reale Reaktion auf das Versagen der universalen Sicherheitsorganisation der UNO war das Erstarren des Regionalismus und auch der Eigenstaatlichkeit.

Europa ist nicht erst mit dem Versagen der UNO zu einem politischen Postulat geworden. Es war es längst vorher. Eine große Zahl bedeutender Denker und Staatsmänner aus den verschiedensten Staaten haben sich schon in früheren Jahrhunderten um die bündische Einigung des sich in Kriegen — Bürgerkriegen! — zersetzenden Kontinentes bemüht. Aber erst als Europa in zwei Weltkriegen seine politische Weltmachtstellung — und einiges dazu! — verspielt hatte, wurde es endlich frei zum Bedenken seiner Situation, seiner eigentlichen Mission und der sich daraus ergebenden Folgerungen.

Paul Valéry hat einmal gesagt: «Europa ist das Westkap von Asien.» Dieses Wort wird heute, zum Teil unabsichtlich, zum Teil in wissender Absicht, weitergegeben. Es ist geeignet, in der fatalistischen Stimmung unserer Zeit bei vielen das Gefühl der Abhängigkeit und Ohnmacht zu verbreiten. Es ist aber eigentlich nichtssagend. Europa ist zwar auch ein *geographischer* Begriff: vom Nordkap bis Malta, von Island bis Kreta, von Irland bis zum Kaukasus, vom Cap Roca bis zum Ural reichend. Diese vielgestaltige Landschaft gehört untrennbar zu Europa. So hat auch diese konventionelle geographische Umgrenzung einen gewissen Sinn. Aber Europa hat zuerst und vor allem und zentral die Bedeutung eines *kulturell-geistigen Raumes*. *Europa, das Abendland, ist ein Wertbegriff*. Es ist eine *Kulturgemeinschaft*, die sich, bei aller Eigenart der Glieder im einzelnen, doch um *gemeinsame Grundwerte*, um *gemeinsame Lebensformen*, um *gemeinsame Grundauffassungen von Recht und Gerechtigkeit*, um *gemeinsame Anschauungen vom Staat*, in aller Vielzahl der Staatsformen, in wechselseitigem Geben und Nehmen gebildet und weiterentwickelt hat. Was das bedeutet, läßt sich nicht in einer einfachen Formel einfangen. Einige Stichwörter mögen das andeuten, was erst bei einem Gang durch die europäische Kulturgeschichte im ganzen Reichtum konkret lebendig werden könnte.

Europa als Idee — Vermächtnis und Aufgabe zugleich — beinhaltet das Folgende:

Ein Erstes ist *das Bild des Menschen*, das heißt die Auffassung vom Wesen und von der Bestimmung des Menschen in und zur Gemeinschaft. Das Menschenbild aber, das recht eigentlich das Fundament Europas bildet, ist das *abendländisch-christliche*. Der Mensch hat darnach — als Ebenbild Gottes — eine einmalige, unantastbare Würde: *Personsein* heißt: in Freiheit zur Verantwortung gerufen und zur Verantwortung in Freiheit berufen sein. Der Mensch hat einen einzigartigen, ursprünglichen Wert: Er ist nicht von einem Kollektiv abgeleitet. Er darf nie zum bloßen Mittel erniedrigt werden.

Ein Zweites: die *mitmenschliche Gemeinschaft*. «Gemeinschaft» — etwas radikal anderes als das «Kollektiv»! — im abendländischen Sinne ist ein Gebilde der Freiheit. Das große Wort des Kollektivs heißt: Organisation — Indoktrination! Das große Wort der Gemeinschaft kann nur sein: Erziehung — Selbst-

erziehung! Mitmenschliche Gemeinschaft setzt aber weiter voraus die Anerkennung der gleichen Personwürde in jedem Glied und der Wille zur Gerechtigkeit, der «jedem das Seine» zuerkennt. Freie Gemeinschaft ist *verantwortliche* Gemeinschaft.

Ein Drittes ist die *freibeitlich-rechtsstaatliche Ordnung*. Jenes Bild des Menschen und der freien mitmenschlichen Gemeinschaft bestimmen und begrenzen auch die Ordnung der politischen Gemeinschaft: Der Staat muß — um der freien Gemeinschaft und um des Rechtes willen — die nötige Autorität haben. Aber der Staat ist nicht eine allumfassende, totale, sondern er ist eine begrenzte Ordnung. Der Staat ist nicht primäre Ordnung, nicht Selbstzweck, sondern er ist bloß subsidiäre, dienende Ordnung. Auf europäischem Boden vor allem ist die Idee des *Rechtsstaates*, der *Demokratie*, des *föderalistischen Gemeinwesens*, der *sozialen Gemeinschaft*, der *freien «res publica»* konzipiert und entfaltet worden.

Ein Viertes: Eine *freie Gemeinschaft freier Völker*, als Grundlage einer echten Friedensordnung. Die Ordnungsweise der freien, verantwortlichen Gemeinschaft drängt mit innerer Notwendigkeit über die nationalen Grenzen hinaus auch auf Ordnung der Gemeinschaft zwischen den Völkern. Augustin bereits hatte den Völkerfrieden als «geordnete Eintracht» bestimmt und christliche Rechtsdenker des 16. und 17. Jahrhunderts haben das *moderne Völkerrecht* begründet.

Ein Fünftes endlich: Die *freien Künste*, die *freie Wissenschaft* und die *freie Technik*. Auch diese stellen eine große Errungenschaft, ein einzigartiges Vermächtnis dar. Ihr Sinn ist Erhellung des Daseins und Befreiung des Menschen aus falschen geistigen und materiellen Bindungen.

Das also ist *das kleine Inventar über das große geistige Vermächtnis Europa*. Wir behaupten nicht, daß alles das ganz und ausschließlich in Europa gewachsen sei. Die bedeutsamen Einwirkungen aus den anderen großen Kulturkreisen, in der Neuzeit insbesondere auch die enge atlantische Gemeinschaft, sind uns gegenwärtig. Widerlich ist der nationalistische Streit über Urheberrechte in der Kulturgeschichte! Wir behaupten auch keineswegs, daß Europa diese Ideen rein verwirklicht und das Vermächtnis treu verwaltet habe. Wir erinnern uns vielmehr daran, daß alle diese großen Ideen und Werte auf europäischem Boden nur halb verwirklicht, immer wieder durch Routine und Selbstverständlichkeit gefährdet, ja gerade im 20. Jahrhundert radikal verraten und pervertiert worden sind. Wir wollen das nicht vergessen, sondern immer wieder neu bedenken.

Aber nun die Frage: *Hat dieses Europa noch eine Zukunft?* Viele bestreiten es. Sie wollen überall Alterserscheinungen feststellen. Europa habe die Paßhöhe überschritten. Der «Untergang des Abendlandes» wird — fatalistisch — als geschichtsnotwendiger Prozeß gesehen. Die Selbstanschwärzung ist in Westeuropa weithin zu einer Art Gesellschaftsspiel für müßige Intellektuelle geworden. Diese Neigung zur Abdankung und Kapitulation wird von außen, in

einer geschickten Propaganda, systematisch gefördert. Wir wollen die Krise und die Gefährdung Europas klar sehen und ernst nehmen. Aber wir sind trotzdem überzeugt, daß das große Vermächtnis Europa für den künftigen Weg der Menschheit wichtig, ja entscheidend sein wird und daß dieses Europa der Menschheit noch einmal einen großen Dienst erweisen kann. Ein Fatum gibt es — individuell und gemeinschaftlich — nur für denjenigen, der abdankt. Eben an diesem Punkt entscheidet sich die Frage der Integration.

Wenn dieses Patrimonium — dieses Menschsein in Freiheit, diese Lebensformen, diese Ideen, Werte und Erkenntnisse, die allein das Leben lebenswert machen — erhalten werden soll, *dann wird es nur so möglich sein, daß in Europa die nötigen Voraussetzungen zu seiner Erhaltung, Entfaltung und Verteidigung geschaffen werden*: wirtschaftlich-technisch, aber auch militärisch-politisch und geistig-kulturell. Nicht ein Europa, das kollektiv die alte Gloire- und Machtpolitik wieder aufnehmen würde, die seine Glieder individuell nicht mehr zu spielen vermögen. Das ist vorbei. Die große Möglichkeit Europas ist gerade ein Dienst, den es, befreit von den Hypotheken der Macht und des Kolonialismus — die es noch lange genug belasten werden — in der Gemeinschaft der Völker verrichten kann. Europa hat die Mittel zur Selbsterhaltung und zu jenem Dienst, unter einer Bedingung allerdings: daß es seine zersplitterten Kräfte sammelt, festigt und koordiniert. *Das eben ist das Ziel der europäischen Integration. Das ganze Europa soll es schließlich sein. Vorläufig aber ist es der freie Teil stellvertretend.*

Hier lauern nun allerdings auch *einige Mißverständnisse*: Europa darf nicht verstanden werden als bloße Gelegenheitsgesellschaft zur Überwindung von Krisenzeiten. Europa ist auch nicht einfach die «höhere Ebene», auf der nicht ausgelebte oder nicht erreichte Macht- und Herrschaftsziele nun doch noch verwirklicht werden können. Europa darf auch nicht gesehen werden als Veranstaltung zur Ausbreitung des Wirtschaftswunders. Europa ist endlich auch nicht bloß eine Zweckgemeinschaft zur Abwehr des Bolschewismus. Der Kreml, der die Integration auf der ganzen Linie zu sabotieren sucht, ist zwar eines der Motive und — ohne es zu wollen! — einer der stärksten Integrationsfaktoren. Aber der *Sinn der Integration* ist nicht ein bloßes Anti, sondern ein Pro: eine leistungsfähige und tragfähige Wirtschafts- und Sozialordnung, eine enge geistige Zusammenarbeit, ein wirksamer Beitrag zur Verteidigung der freien Welt, eine Rechtsgemeinschaft, die über die Staatsgrenzen hinweg die rechtsstaatlichen Grundwerte — vorab die Grundrechte der menschlichen Person — solid gewährleistet. Die Einheit Europas kann nur eine irgendwie föderalistische, bündische sein. *Und dieses freie Europa muß gegenüber der Menschheit offen bleiben*; freie Gemeinschaft ist immer auch *offene Gemeinschaft* im Sinne Bergsons.

Die praktischen Integrationsbestrebungen haben mit der *Gründung des Europarates* im Mai 1949 eine erste wichtige Vorstufe erreicht. Bedeutsame

Schritte konnten dann auf wirtschaftlichem Gebiete in der Montanunion, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), in der EURATOM und in der EFTA getan werden. Die Aufzählung dieser Errungenschaften ist aber zugleich ein Hinweis auf das Auseinanderstreben von zwei Gruppen. Die Konzentration auf die wirtschaftlichen Fragen, so wichtig sie sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Sinn und Zweck der europäischen Einheit ein viel umfassenderer ist und bleiben muß: *Europa als Hort jener früher aufgewiesenen Grundwerte, Lebensformen und Ordnungen des freien Menschseins*. Zu diesem Behuf ist ein starkes und unerschütterliches, in sich selbst befriedetes Europa notwendig.

Die Behauptung der nationalen Eigenstaatlichkeit

Dieser Richtpunkt ist auf Grund einer machtvollen Tradition des *souveränen Staates* zunächst — wie wir es schon früher angedeutet haben — der selbstverständlichste. Man hat die Staaten in der früheren Staatenwelt mit fensterlosen Monaden verglichen, selbstzweckhaft, letztinstanzlich, in sich selbst ruhend. So wie in der Garantielosigkeit des Dschungels, war in der Garantielosigkeit der Gesellschaft souveräner Staaten das *Gebot der Selbstbehauptung* das oberste Gebot. Etwas davon hat sich — als fast instinkthafte Reaktion — im Verhalten der Staaten auch dann noch erhalten, als sie in engeren und dauerhafteren friedlichen Kontakt miteinander getreten waren. Das wurde, nach innen wie nach außen, jeweils besonders deutlich in Notzeiten: Die Erhaltung der eigenen Existenz war der Grund, vor dem alles Recht meist ohnmächtig zurückwich.

In diesem Willen zur Selbstbehauptung manifestiert sich übrigens nicht nur ein nackter Wille zum Leben, zum egoistischen Sonderdasein, sondern es kann auch sein ein hoher *Wille zur selbständigen Verantwortung*. Deshalb ist auch die Frage der Überwindung der staatlichen Souveränität nicht so bequem zu beantworten wie es zumeist geschieht: Es ist zwar zweifellos richtig, daß ganz allgemein der Eintritt eines souveränen Staates in eine Staatenverbindung und zumal in eine engere Föderation eine mehr oder weniger weitgehende Begrenzung seiner Souveränität bedingt. Aber die Behauptung der Souveränität inmitten eines vom Chaos bedrohten Kontinentes — eine Oase der Ordnung, in welcher zum Beispiel das Recht auf Grund des souveränen Willens noch aufrechterhalten wird — kann eine sehr positive Tat sein — nicht nur für den betreffenden Staat! Ein Stichwort ersetzt lange Ausführungen: Kongo! So wie andererseits die leichte Bereitschaft, die staatliche Souveränität zugunsten eines umfassenden Verbandes preiszugeben, nicht in jedem Fall ein Opfer auf dem Altar der Gemeinschaft und des Völkerrechtes darstellt, sondern möglicherweise auch das Abschütteln einer Verantwortung bedeutet, die man nicht mehr selbst tragen will.

Für den Kleinstaat ist der harte Wille zur Selbstbehauptung eine Lebensbedingung. Für den neutralen Kleinstaat ist — im Gegensatz zum neutralisierten Staat — die Souveränität geradezu eine Voraussetzung. Die Entscheidung für die Neutralität ist die Entscheidung eines souveränen Staates.

Antinomie zwischen den großen Richtpunkten?

Die Frage wird dort dringlich, wo wir uns über unseren außenpolitischen Weg und unsere außenpolitische Verantwortung klar zu werden versuchen. Groß ist — wie man gerade auf Grund der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart aufzeigen kann — die *Neigung zur Antithese*, zum unversöhnlichen Entweder-Oder. Das kann in verschiedener Weise geschehen:

a) Es gibt — auch in der Schweiz — viele, die sich in die Igelstellung der nationalen Souveränität zurückziehen. Sie betonen, vor allem unter Berufung auf die Neutralität, daß die Schweiz sich sowohl den universalen wie den regionalen (europäischen) Staatenverbindungen fernhalten solle. Die Neigung zu dieser Reaktion braucht nicht in jedem Falle in einer konservativ-traditionalistischen Einstellung zu beruhen. Sie kann in vielen Fällen durch die Unübersichtlichkeit der Situation oder die Komplexität einer Vorlage bewirkt werden: Der Rückzug auf die nationale Souveränität als Haltung der Vorsicht oder des Abwartens. Der Rückzug auf die nationale Souveränität kann allerdings oft auch einfach ein Akt des nationalen Egoismus sein. Man will an den Lasten der Völkergemeinschaft nicht mittragen. Man will die Solidaritätspflichten gegenüber den anderen Völkern nicht erfüllen. Gelegentlich begibt man sich auch einfach in den Schmollwinkel der Selbstgerechten: Die anderen haben die Unordnung angerichtet; sie sollen sie nun auch wieder selbst in Ordnung bringen.

Es gibt nun aber — gerade umgekehrt — andere, die mit wehenden Fahnen in eine umfassendere Ordnung eintreten möchten.

b) Die europäische Einheit erscheint vielen Begeisterten als jene Ordnung, welche die Lösung *aller* Probleme bringen soll. Der Beitritt hier und jetzt erscheint als Akt der Treue zur Schicksalsgemeinschaft unseres alten Kontinents. Diese Haltung fordert, ohne Bedenken und ohne Zögern, in der heutigen Lage den größeren Schritt: Nicht bloß die EFTA, sondern die EWG!

c) Wieder für andere kann nur der Schritt zu einer *universalen* Ordnung eine wirkliche Lösung bringen. Die großen und gefährlich drohenden Probleme sind Menschheitsprobleme, Weltprobleme: die Übervölkerung, der Hunger, die Atomwaffen, die Friedensfrage überhaupt. Sie können daher auch nur auf universaler Basis gelöst werden: durch eine irgendwie verbesserte, das heißt wirksamere UNO oder durch einen eigentlichen Weltstaat. Für diese Konzeption ist der Nationalstaat gewöhnlich eines der zu überwindenden Übel oder gar die Wurzel aller Übel. In den bloß kontinentalen Lösungen befürchten sie den Ansatz zu einem neuen kontinentalen Nationalismus.

Es gibt für die christliche Gemeinde die Hoffnung auf ein kommendes Reich, in dem alle irdische Souveränität, alle irdischen Trennungen, aber auch alle irdische Gerechtigkeit aufgehoben sein wird in der göttlichen Gerechtigkeit des Reiches Gottes. Auch politische Denker haben gelegentlich solche Ausblicke auf kommende Zeiten getan, um die Richtung des Weges zu erhellen. Ich erinnere nur an das berühmte Wort des größten schweizerischen Staats- und Völkerrechtlers des 19. Jahrhunderts, *Johann Kaspar Bluntschli*: «Wenn der- einst das Ideal der Zukunft verwirklicht sein wird, dann mag die internationale Schweizer Nationalität in der größeren europäischen Gemeinschaft aufgelöst werden. Sie wird nicht vergeblich und nicht unrühmlich gelebt haben» (Schweiz. Nationalität, 1875).

Gefährlich und geradezu unverantwortlich aber werden die Dinge dort, wo solche Visionen und Antizipationen ohne jede Rücksicht auf die konkrete Situation als Richtpunkte für die praktische Politik hier und jetzt verfolgt werden. Der Idealist, der sein Ideal — unter Umständen ein an sich hohes und berechtigtes Ideal — ohne Rücksicht auf die Realitäten direkt zu verwirklichen versucht, kann dadurch praktisch ganz anderen Tendenzen und Mächten dienstbar werden: Der Pazifist zum Beispiel, der heute im Westen den Kriegsdienst verweigert und die Kriegsdienstverweigerung aktiv propagiert, wird den Krieg dadurch nicht verhindern, wohl aber die Abwehrkraft der freien Welt schwächen. Ein Pazifist, der in edelster Absicht den Rapacki-Plan in der freien Welt propagiert, wird mit einer erfolgreichen Propaganda nicht den Frieden fördern, sondern einzig und allein — und das ist der Zweck dieses neutralistischen Gürtels durch Europa — wiederum die Verteidigung des Westens erschweren. Das höchste Ideal rein abstrakt — das heißt ohne Rücksicht auf die konkrete Situation — vertreten, kann unter Umständen das radikale Gegenteil von dem bewirken, was sein Träger wollte.

Politische Verantwortung kann nur sein: Verantwortung in einer konkreten Situation und sie muß sein: *Verantwortung für das Ganze*, mit andern Worten: unsere drei großen Richtpunkte «Schweiz — Europa — Menschheit» stehen gar nicht als Alternativen nebeneinander, sondern gleichsam ineinander. Ich kann also meine Verantwortung konkret gerade nicht durch eine schneidige, kompromißlose Verfechtung des einen oder anderen Richtpunktes erfüllen, sondern nur, indem ich in einer konkreten Situation versuche, alle drei Verantwortungen miteinander zu bedenken. Das ist sehr viel schwieriger. Das ist aber auch viel größer.

Wir haben in einem Europa, das sich aus Staaten aufbaut, die zum Teil innenpolitisch äußerst labil und gefährdet sind, und in der heutigen Welt, wo die universale Sicherheitsorganisation der UNO den Kleinstaatn keine Sicherheit gewährt, alle Veranlassung, auf *die Erhaltung intakter Eigenstaatlichkeit* bedacht zu sein. Wir haben aber andererseits der engeren und weiteren Völkergemeinschaft gegenüber unsere *Solidaritätspflichten* zu erfüllen. Wir dürfen auch

nicht übersehen, daß in der weltweiten Auseinandersetzung die Sache der Freiheit und der abendländischen Grundwerte überhaupt nicht mehr durch den einzelnen souveränen Staat allein und isoliert verteidigt werden kann. Das ist der Großmacht heute nicht mehr möglich. Das geht aber vollends über die Kraft des Kleinstaates. *Wir stehen unentrinnbar in der Schicksalsgemeinschaft der Menschheit, und wir stehen unentrinnbar in der Schicksalsgemeinschaft der freien Welt und Europas. Wo es um diese letzte Entscheidung geht, kann und darf es keine Neutralität geben. Neutralität den Grundwerten gegenüber ist Verrat und Abdankung, ist Neutralismus.*

Das Ergreifen der neuen außenpolitischen Verantwortung setzt *ein Umdenken* voraus. Lange wollte es damit nicht recht vorwärtsgehen. Jede Enttäuschung hat jeweils zum Rückzug auf die Abwehrlinie der «Neutralität und Souveränität» geführt. Das alte Dictum schien sich immer wieder neu zu bestätigen: «La Suisse est une nation qui se lève tôt et se réveille tard.» Und vieles, was ich in den letzten Jahren zur Verteidigung unseres Abseitsstehens gelesen habe — die Apologie unserer Eigenart und unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit — erinnert doch allzustark an den Stil der 1.-August-Reden früherer Jahrzehnte. Und das andere: Wir sind geneigt, diese Solidaritätsfragen oft allzusehr anhand des Rechenschiebers zu entscheiden. Auch dafür sind wir im Ausland bekannt. Wiederum ist zunächst festzustellen, daß der Kleinstaat rechnen muß, sogar sehr sorgfältig rechnen muß. Aber über das Ergreifen der neuen Pflichten im engeren und weiteren Verband der Völker kann so allein nicht entschieden werden. *Es braucht bisweilen auch das Wagnis des Glaubens, das in Freiheit das Gerechte und das Notwendige tut.*

Nachdem wir die internationale Situation kurz beleuchtet und die großen Richtpunkte der Außenpolitik aufgewiesen haben, bleibt uns zum Schluß noch ein kurzer Ausblick auf die dritte große Frage:

Was können und müssen wir tun?

Es ist die unbequeme Frage, vor der sich viele — namentlich gelehrte Diagnostiker — gerne auf die Arbeitsteilung berufen. Wir können sie in der Schweiz auch nicht auf den Bundesrat oder auf den Außenminister abwälzen, sondern müssen *als freie Staatsbürger an dieser Verantwortung für die Außenpolitik mittragen*. Wir müssen uns darauf vorbereiten, es inskünftig noch ganz anders als bisher zu tun.

Allzulange haben wir diese Fragen der Außenpolitik *nur* unter dem Gesichtspunkt der Neutralität gewürdigt. Wir wollen diese Frage auch in Zukunft ernst nehmen. Aber sie ist lange nicht jenes Hindernis, als das man sie in einer ängstlichen Deutung, die sie bedenklich in die Nähe des Neutralismus brachte, sehen wollte. Es gibt einen weiten Bereich internationalen Handelns — in der

freien Staatenwelt —, in welchem Private (Einzelne und Verbände, Kirchen und Gesellschaften) die Aufgaben erfüllen. Wir erinnern hier nur an das Rote Kreuz und die vielerlei Hilfswerke usw. Hier stellt sich die Neutralitätsfrage nicht, bzw. nur in Grenzfällen als Frage der Selbstdisziplin, im Blick auf die staatliche Neutralitätspolitik. Dieser Bereich der «privaten Außenpolitik» durch humanitäre Dienste ist völlig frei und wartet eigentlich nur auf Ideen, Hände und Opfer.

Die Neutralitätsfrage stellt sich aber auch beim staatlichen Handeln in Friedenszeiten nicht so häufig und nicht so begrenzend wie man oft meint, sondern nur für den *dauernd* neutralen Staat, und zwar nur für solche Verpflichtungen, die sein Neutralsein im Kriege verunmöglichen würden. Eindeutig verwehrt ist uns also zum Beispiel der Beitritt zur NATO. Weit weniger eindeutig ist es schon für die EWG. Der Bundesrat hat die Unvereinbarkeit von Neutralität und EWG-Mitgliedschaft meines Erachtens zu Recht vertreten; aber das ist nicht unbestritten.

Einige konkrete Aufgaben in der heutigen weltpolitischen Situation sind unter anderen die folgenden:

Die Behauptung unserer eigenstaatlichen Existenz und Neutralität

Wir stellen das, was für alles außenpolitische Handeln grundlegend ist und worüber wir auch selbst entscheiden können, an die Spitze: die Verantwortung für unser eigenes Haus, für unseren kleinen Fleck europäischen Bodens. Es ist schon ein bedeutsamer Beitrag an die Völkergemeinschaft, *daß ein Kleinstaat sein Haus aus eigener Kraft in Ordnung hält und nicht den andern zur Last fällt*. Dieser Wille zur Selbstbehauptung ist heute identisch mit dem *Willen zur totalen Landesverteidigung*: militärisch, politisch, wirtschaftlich, aber zuerst und vor allem doch geistig-sittlich. Der Kleinstaat ist heute herausgefordert wie kaum je zuvor in der Geschichte — nicht nur durch den Machtwillen der Totalitären, sondern auch durch die Entwicklungstendenzen des technischen Zeitalters, die nach dem großen Raum hin drängen. Wir alle möchten, nach den zwei Weltkriegen, lieber abrüsten. Die *harte Forderung der Zeit* aber muß für jeden, der sich angesichts der Gefahren nicht gleich verhält wie der Vogel Strauß, klar sein. *Es geht um den wirksamen Ausbau unserer Armee und unseres Zivilschutzes, und zwar innert nützlicher Frist*. Aber nun das andere: die Mitverantwortung gegenüber der Völkergemeinschaft.

Die stärkere Verpflichtung in und gegenüber Europa

Diese Forderung trifft unseren Staat, aber nicht minder die einzelnen Bürger. Die Schweiz ist einer Reihe von europäischen Vertragsgemeinschaften beigetreten. Sie ist unlängst auch der Einladung des Europarates gefolgt, sich durch

eine Delegation von Parlamentariern an den Beratungen des Europarates über Wirtschaftsfragen mit konsultativer Stimme zu beteiligen. Sie konnte es tun, weil — wie Bundesrat Petitpierre in der Junisession (1960) des Nationalrates erklärt hat — die Vorstellungen des Europarates über die Integration mit unseren Vorstellungen übereinstimmen. Dagegen konnten wir der EWG nicht beitreten, weil dort vorläufig eine ganz andere — für unseren Kleinstaat nicht unbedenkliche — Konzeption der Integration dominiert. Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in der Überwindung des Grabens zwischen der EWG und der EFTA, den «Sechs» und den «Sieben» — der bald überwunden werden muß, wenn nicht die europäische Integration überhaupt gefährdet oder hoffnungslos verzögert werden soll. Der Kreml sucht die Einigung Europas auf allen Gebieten mit allen Mitteln zu verhindern und zu stören. Sein Druck aber richtet sich vor allem auch gegen die Kleinstaaten.

Mit der *Idee Europa* haben wir im allgemeinen keine Mühe, wohl aber mit der *Realität Europa* und einzelnen konkreten Mitgliedern. Durch alle Enttäuschungen hindurch aber müssen wir doch zwei Einsichten unentwegt festhalten: Einmal daß Europa nur dann eine Chance hat, im «Kalten Krieg» — der unter Umständen noch Jahrzehnte dauern kann — zu bestehen, wenn es sich konsolidiert. Das bedeutet primär, nach dem soliden Baugesetz freiheitlicher Gemeinschaft, die *innere Festigung* der Glieder, aber unvermeidlicherweise doch auch eine *stärkere Zusammenarbeit*, eine stärkere Integration. Sodann die Einsicht, daß dieses Europa — und das war die richtige Vision der Architekten der UNO (8. Kap.: «Regionale Abkommen», Art. 52 ff.) — als solid gefügter regionaler Bau die beste Grundlage für den Aufbau der Weltorganisation abgeben würde.

Der Moment, da wir einer europäischen Einheit, nach der Vision Bluntschlis, unsere Souveränität opfern könnten, ist noch nicht gekommen. Dagegen ist die Zeit da, wo wir tätig mitwirken können — und wir haben einiges beizutragen — an der besseren Fundierung, Vertiefung und Festigung dieser europäischen Gemeinschaft. Je solider dieses menschliche Gewebe über die Landesgrenzen hinweg ist, desto unwichtiger wird das, was die kleineren Staaten naturgemäß mehr fürchten müssen als die großen: die Macht der Organisation und die Unerbittlichkeit von Mehrheitsentscheiden. Das ist die bedeutsame Lehre des bisher größten Experimentes in zwischenstaatlicher Föderation: des *Commonwealth of Nations*.

Die universale Völkergemeinschaft

Es ist der Raum, in dem das große menschlich-menschheitliche Anliegen uns, wiederum als Staat und als Einzelnen, zur Mitverantwortung ruft. Die große Spaltung der Welt und dazu die vielen kleineren Spaltungen — durch Interessen und Machtkonflikte und noch mehr durch ideologische und national-

stische Gegensätze verursacht — verunmöglichen heute eine weltumfassende Friedensordnung. Der Wille zur Erfüllung dieser menschlich-menschheitlichen Aufgabe ist heute in wachsendem Maße in vielen Völkern vorhanden. Er lebt auch im Schweizervolk, ist seit langem am Werk und kann für neue Aufgaben geweckt werden. Es ist meine unerschütterliche Überzeugung, daß *die Schweizerjugend* dafür gewonnen werden kann.

Wie aber kann die Schweiz diese Aufgabe in und gegenüber der universalen Völkergemeinschaft erfüllen? Wiederum sind es die beiden großen Wege: durch die Staaten, direkt oder über die internationalen Organisationen, oder durch Private. Die Schweiz tut einiges, aber die reiche Schweiz müßte noch viel mehr tun. Weniger belastet durch die Vergangenheit und weniger verächtigt, stehen unserem Lande an vielen Orten Asiens und Afrikas Türen offen, die den meisten anderen Staaten verschlossen sind. Solche Möglichkeiten verpflichten! Die Schweiz wirkt bei ungezählten internationalen Organisationen — Spezialorganisationen der UNO und anderen — mit. Wir sind auch Mitglied der Gerichtsgemeinschaft des Weltgerichtshofes im Haag. Die Waffe des Kleinstaates ist das Recht. In diesem Sinne aber ist auch die Initiative zu begrüßen, die der Bundesrat zur Ausweitung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit angekündigt hat.

Die Schweiz ist der UNO 1945 nicht beigetreten, weil damals ein Eintritt *mit* der Neutralität — in der Form eines Sonderstatuts wie 1920 — rundweg verweigert worden ist. Heute wäre — nach dem Vorgang Österreichs — ein Beitritt *mit* der Neutralität möglich. Soll sie es tun, wie viele meinen? Die Schweiz soll sich in Europa stärker engagieren. Die Schweiz soll in den Spezialorganisationen der UNO und in anderen internationalen Organisationen aktiv oder zum Teil aktiver mitwirken. Aber sie soll der UNO selbst heute *nicht* beitreten, aus verschiedenen Gründen. Einmal weil es sehr ungewiß ist, was aus dieser Neutralität der Kleinstaaten in einem funktionierenden oder auch nur teilweise funktionierenden Sicherheitsrat werden wird. Sodann aber wollen wir nicht just in dem Moment Mitglied werden, wo die UNO derart paralysiert und degradiert dasteht. Der Kleinstaat, für den ein Beitritt eine weit stärkere Bindung bedeuten würde als zum Beispiel für eine Vetomacht, hat ein Recht darauf, abzuwarten. Daß dieses Zuwarten übrigens richtig war, haben die letzten Jahre bewiesen und hat die UNO selbst wiederholt bezeugt. Sie hat in den heikelsten Situationen — von Korea bis zum Kongo — immer wieder um die Dienste des neutralen Staates und um die Hilfe schweizerischer Experten ersucht.

Die größte Aufgabe aber ist ohne Zweifel die *Hilfe an die Entwicklungsländer*. Auch hier müssen wir uns auf einige Andeutungen beschränken. Die große Vorläuferin auf diesem Gebiete war die christliche Mission. Von ihren Leistungen wird erst eine Zeit Kenntnis nehmen, die freier ist von Vorurteilen. Die heutige Entwicklungshilfe dagegen ist vor allem sogenannte «technische

Entwicklungshilfe». Eine Reihe von Hilfswerken, unter anderm das SHAG, arbeiten seit Jahren — mit großem Einsatz, aber allzu begrenzten Mitteln — an dieser Aufgabe. Die Industrie ist mit einer eigenen Stiftung gefolgt. Der Bund hat eine weitere Intensivierung seiner Aktionen angekündigt. Es ist ein glücklicher Umstand, daß unser größter Sachkenner auf diesem Gebiet heute selbst Mitglied des Bundesrates ist: Bundesrat Wahlen.

Wir müssen diese Aufgabe zum Werk des ganzen Volkes machen. Wer je etwas vom Massenelend, in Afrika oder Asien, gesehen hat, wird sich von dieser Hilfe auch dann nicht abhalten lassen, wenn sich Undank und andere Enttäuschungen einstellen. Die Anforderungen sind klar: Die ganze Hilfe muß wirtschaftlich-sozial sachverständig sein. Sie soll «Hilfe zur Selbsthilfe» sein. Sie will zweifelsohne auch politisch bedacht werden. Aber zentral muß doch das menschliche Motiv bleiben. Und noch ein Postulat: «Materielle Hilfe ist nicht genug!» Wir haben zum Beispiel auf dem Gebiet des Erziehungswesens und des Rechtswesens etwas zu geben. Und wir haben auch hier offene Türen in vielen Staaten.

Eine Anregung in ernster Zeit

Zum Schluß noch ein ganz persönliches Wort. Es kommt aus langem Nachdenken über die Situation unseres Kleinstaates, national und international, über die Lebensbedingungen der Demokratie und des Föderalismus, über das Grundgesetz unserer Eidgenossenschaft. Es ist eine Einsicht, die mich bedrückt. Unser Kleinstaat steht, innen- und außenpolitisch, vor einer Fülle von drängenden Problemen. Der Entscheid für die EFTA war in jeder Beziehung ein bloß vorläufiger Entscheid. Die große außenpolitische Entscheidung kann unvermittelt wieder an uns herantreten — unausweichlicher, akuter. *Ist unser Volk bereit?*

Verschiedene Beobachtungen lassen mich zweifeln: Es ist eine von vielen Seiten bezeugte Feststellung, daß in den langen fetten Jahren der Gemeinsinn und die Opferbereitschaft kleiner geworden sind. Es ist eine weitgehend sogar statistisch beweisbare Tatsache, daß der Pegelstand des staatsbürgerlichen Interesses bedenklich abgesunken ist. Ich bin durch das Studium der Verfassungsgeschichte von einer falschen Idealisierung des 19. Jahrhunderts auch in dieser Hinsicht befreit worden. Auch glaube ich, nicht nur für England, sondern auch für die Schweiz, an die Macht der Spontaneität in den freiheitlichen Verfassungen. Dennoch bleibt die Beunruhigung. Die Demokratie und zumal die kleinstaatliche Demokratie lebt von der tätigen Teilnahme der Bürger. Sollte es wirklich so sein, daß wir im Zeitalter der Hochkonjunktur Schaden genommen haben an unserer Seele, daß sich unsere Werttafeln verkehrt haben, daß es auch in unserer Res publica, die in ganz besonderer Weise auf die Mit-

wirkung der Bürger angewiesen ist, zu einer bedrohlichen Privatisierung der Existenz («Ohne mich!») kommt?

Wir wollen nicht zu lange bei der Diagnose verweilen. Was feststeht, ist schon beunruhigend genug. Ich möchte angesichts dieser Situation anregen, *daß wir alle im Blick auf die nächste Wegstrecke unserer Heimat ein kleines Opfer bringen*. Nicht in Geld — das ist zu bequem. Nicht ein neuer Verein — es gibt ihrer schon genug. Auch nicht ein neues Schulfach — der Stundenplan ist längst überlastet. Es ist sogar ein Opfer, das sich bezahlt macht, nicht nur für unsere Heimat, sondern für einen jeden von uns, als Mensch und als Bürger.

Mein Vorschlag geht dahin, *daß wir alle, jeder von uns, unserem Staat jeden Tag eine halbe Stunde des stillen Nachdenkens widmen: über seine Grundlagen und Existenzbedingungen, über die innen- und außenpolitischen Aufgaben*. Und daß wir uns dabei immer wieder jene Fragen stellen, durch die das Denken schließlich Hände und Beine bekommt: *Was kann ich — zusätzlich — für unseren bedrohten Kleinstaat tun?* Es wird am wirksamsten werden, wenn zwei oder drei sich zusammentun: die kleine Zelle, ohne Statuten, ohne Vorstand, einfach durch das gleiche Wollen geeint.

Ich höre vielerlei Einwände, vor allem den einen: Wir haben ohnedies schon genug Politik! Dazu nur das eine: Die Hypertrophie des Politischen wird nicht durch die Passivität, sondern nur durch die Aktivität — die größere Aktivität der vielen Stillen und Wohlgesinnten im Lande — eingedämmt und begrenzt. Und ich wage diese Bitte auch an die Schweizerinnen zu richten, obwohl ihnen das Stimmrecht immer noch vorenthalten wird.

Der *Weg des totalitären* Staates heißt: «Organisation — Indoktrination!» Der *Weg der Demokratie* heißt: «Erziehung — Selbstdisziplinierung!» Die *Konzentration auf das Wesentliche* unserer freien Gemeinschaft und ihrer Verlebendigung wird auch unserer täglichen großen Aufgabe, der Erziehung, ein neues Fundament und neue Impulse geben. Wenn so etwas im freien Entschluß geschehen dürfte, werden die Folgen — sogar bedeutsame Folgen — nicht ausbleiben.

Diese Anregung erfolgt in der Überzeugung, *daß unser Kleinstaat sich nicht nur erhalten kann, sondern daß unsere Eidgenossenschaft auch für die Völkerwelt etwas zu bedeuten hat — nicht als bloß historische Erinnerung allerdings, sondern nur als neu lebendige Wirklichkeit freier Gemeinschaft*.